

Ein Sargnagel für den Euro

BZ-GASTBEITRAG: Lüder Gerken lehnt einen Europäischen Währungsfonds ab, weil er der Haushaltsdisziplin schaden könne

Würden Sie jemandem Geld leihen, der unentwegt mehr ausgibt, als er einnimmt? Wohl kaum. Würden Sie ihm glauben, wenn er zum wiederholten Male Besserung gelobt, seine früheren Versprechungen aber nie hielt, sondern sich mit Tricksen und Betrug durchlavierte? Wohl kaum. Unsere Politiker aber haben genau das vor. Sie wollen Griechenland vor der drohenden Zahlungsunfähigkeit retten. Entschieden ist das bereits. Es geht nur noch um die Frage, wie.

Jüngste Idee für solche Fälle ist die Gründung eines Europäischen Währungsfonds. Vorbild ist der Internationale Währungsfonds (IWF). In ihn zahlen die Staaten, je nach Wirtschaftskraft, Geld ein. Dieses nutzt der IWF, um in Not geratenen Staaten mit Krediten zu helfen. Bedingung ist, dass diese Staaten umfassende Reformen durchführen. So konnten viele Länder gestützt werden, in jüngster Zeit auch EU-Mitglieder wie Ungarn.

Könnte der IWF nicht auch Griechenland helfen? In der Tat, er könnte. Doch unsere Politiker wollen das nicht. Stattdessen soll ein Europäischer Währungsfonds EU-Staaten, die überschuldet sind, künftig aus der Patsche helfen. Was ist davon zu halten?

Die Europäische Währungsunion – die aus den EU-Staaten besteht, die den Euro eingeführt haben – baut auf der Grundbe-

dingung auf, dass jeder Staat für seine Staatsfinanzen selbst verantwortlich ist. Wenn er über seine Verhältnisse lebt, muss er das allein ausbaden. Eine Rettung durch andere Staaten ist ausdrücklich verboten. Das ist auch klug. Denn nur so kann Haushaltsdisziplin erreicht werden: Wenn ein Staat darauf zählen könnte, dass er bei Überschuldung von den solider wirtschaftenden Staaten herausgepackt wird, hätten die Politiker in jenem Staat erst recht keinen Anlass, sparsam zu haushalten.

Und jetzt soll ein Europäischer Währungsfonds genau dieses Herauspacken ermöglichen, ja sogar regelrecht vorsehen. Dies ist geradezu eine Aufforderung an Staaten mit traditionell maroden Staatsfinanzen, jede Haushaltsdisziplin über Bord zu werfen. Griechenland, Spanien, Portugal, Italien und vielleicht noch weitere Staaten zusammengenommen kann aber selbst ein Europäischer Währungsfonds (sprich: Deutschland) nicht retten. Das wäre das Ende des Euro.

Beschwichtigend behaupten unsere Politiker freilich, der Europäische Wäh-

rungsfonds werde ja Finanzhilfen nur unter strengsten Auflagen für Reformen gewähren. Ach wirklich?

Wenn dem so ist, warum überlässt man dann die Angelegenheit nicht dem IWF? Immerhin ist die Auferlegung harter Reformen höchst unbeliebt. Mit dem IWF hätte man einen Sündenbock. Wollen die

deutschen Politiker wirklich die ohnehin miserable Popularität Deutschlands etwa in Griechenland noch weiter beschädigen, indem sie in einem Europäischen Währungsfonds den Sündenbock spielen, der die Griechen zu harten Reformen zwingt? Kaum vorstellbar.

Genau umgekehrt wird ein Schuh daraus: Gerade weil kein Politiker, egal in welchem Land, zu „strengsten“ Auflagen verpflichtet werden möchte, will man unter sich bleiben, soll der IWF außen vor gehalten werden.

Was hier droht, zeigt das Getrickse um den EU-Stabilitätspakt. Er war einmal da zu gedacht, EU-Staaten, die die Verschuldungsvorschriften der EU brechen, zu bestrafen. Die Entscheidung darüber trifft der Ministerrat, also die Mitgliedstaaten

der EU. 2003 hatten sich sowohl Deutschland als auch Frankreich übermäßig verschuldet. Um die drohende Verhängung von Sanktionen zu hintertreiben, sorgten sie im Ministerrat dafür, dass das Verfahren außer Vollzug gesetzt wurde. Die anderen EU-Mitgliedstaaten ließen sich schnell von den „Vorzügen“ dieses Vorgehens überzeugen: Nach diesem Präzedenzfall muss auch kein anderes Land mehr befürchten, bei übermäßiger Verschuldung bestraft zu werden. Das passiert, wenn Täter über sich selbst das Urteil sprechen dürfen.

Griechenland spielt ein perfides Spiel

Und genau diese Struktur strebt man jetzt für den Europäischen Währungsfonds an. Unsere Politiker wollen – als potenziell Betroffene – selbst festlegen, zu welchen Reformbedingungen sie sich untereinander retten wollen. Das kann nur schiefgehen. Ein geradezu perfides Spiel spielt Griechenland: Es droht damit, den IWF zu rufen, wenn die EU nicht hilft. Die EU wird helfen. Und plant gleich die Hilfe für zukünftige Fälle mit. Das ist ein Sargnagel für den Euro.

– Lüder Gerken ist Vorsitzender der *Stiftung Ordnungspolitik und des Centrums für Europäische Politik*.



Lüder Gerken